

18. JAN. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/13

Bonn, den 18. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Auf dem Tiefstand</u> Zu den Vorgängen in Brüssel	32
1	<u>In diesen grimmig kalten Tagen</u> Dank den guten Geistern	21
2 - 3	<u>Aus dem Herzen gesprochen</u> Brief eines deutschen Arbeiters aus der Zone an Nikita Chruschtschow	78
4 - 5	<u>Hinkefuß Rheinland-Pfalz</u> Ein Beitrag zum Stand des Bildungswesens Von Karl Kuhn, MdB Bad Kreuznach	75
6	<u>Autos aus allen Ländern</u> Fragwürdige BR-Autarkie	44

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf dem Tiefstand

Zu den Vorgängen in Brüssel

sp - In Brüssel, wo über den Beitritt Grossbritanniens zur EWG verhandelt wird, sieht es nicht gut aus. Der französische Aussenminister hat die Ansicht de Gaulles noch einmal bekräftigt, die derzeitige französische Regierung wünsche nicht den Beitritt Englands, sie stellt sich ihm entgegen. Schwer wiegt dieses französische Veto. Es hat die Hoffnungen auf ein Gelingen des europäischen Einigungswerkes weit zurückgeworfen und kein Lichtschimmer ist erkennbar, der aus dem Dunkel herausführt. Tiefster Pessimismus beherrscht die Brüsseler Szene. Niemand weiss, wie es angesichts des französischen Widerstandes weitergehen soll. Grausam stellt sich die Frage: Soll Europa an Frankreich scheitern, soll alles, was an verheissungsvollem Versatzengeschaffen wurde, nun stecken bleiben und verkümmern? Auf Adenauer, der am Sonntag nach Paris fährt, um die letzten Bausteine für die deutsch-französische Verständigung zu legen, ruht eine ungeheure Verantwortung. Die ganze freie Welt - und nicht nur diese allein - beobachtet sein Tun, verfolgt sein Auftreten und wird genau registrieren, was er in einer Schicksalsstunde Europas zu sagen hat. Noch nie in der Nachkriegsgeschichte unseres Kontinents wog das Wort eines deutschen Staatsmannes schwerer als in diesen Tagen. Adenauer wäre ein Sprecher für die ganze freie Welt, würde er seinen Einfluss und sein Gewicht bei de Gaulle, dem Mann, der Frankreichs Geschicke souverän bestimmt, im Sinne Europas zur Geltung bringen. Dieses Europa besteht nicht allein aus Bonn und Paris, es muss alle Völker umfassen, soll es vor kommenden Stürmen bestehen. Der französische Staatspräsident beruft sich oft auf die Realität als seinen Bundesgenossen; der Wunsch und die Sehnsucht der freien Völker Europas nach einem gemeinsamen Dach sind auch Realitäten, die nicht übersehen oder negiert werden können. Dies mit allem gebotenen Takt und entschiedener Härte de Gaulle klar zu machen, obliegt nun dem deutschen Bundeskanzler. Ein Erfolg würde ihm den Dank Europas bringen.

+ + +

In diesen grimmig kalten Tagen ...

Dank den guten Geistern

sp - Die seit mehreren Wochen auch in der Bundesrepublik herrschende grimmige Kälte stellt besonders an das Personal der öffentlichen Betriebe höchste Anforderungen. Eisenbahn und Post, Autobus- und Strassenbahnverkehr, die Zubringerdienste für die Versorgung der Bevölkerung und das für die Freihaltung der Strassen eingesetzte Personal vollbringt jeden Tag Leistungen, deren wir grosse Achtung entgegenbringen müssen. Ihr schon bei normalen Temperaturen nicht immer einfacher Dienst fordert jetzt von ihnen ein Höchstmaß an Zähigkeit, Pflichterfüllung und Verantwortungsbewusstsein. Es geht ja nicht nur um die Aufrechterhaltung des ordnungsgemässen Betriebes, sondern jetzt noch mehr denn je um die Sicherheit und Gesundheit der Menschen. Wenn hier und dort wegen der Witterungsverhältnisse Zugverspätungen eintreten oder eine andere in normalen Zeiten für selbstverständlich gehaltene Ordnung etwas durcheinander gerät, sollten wir uns alle bewusst sein, dass nicht die Frauen und Männer der Verkehrsbetriebe daran schuld sind, sondern die seit langem anhaltende bittere Kälte. Wir wollen auch die meist Unsichtbaren, die Zeitungsträger und jene, die noch in der Dunkelheit des bitterkalten Wintermorgens frische Brötchen und Milch vor unsere Haustüren stellen, nicht vergessen. Auch ihnen gebührt unser Dank; sie alle sind die guten Geister in diesen kalten Tagen.

+ + +

Aus dem Herzen gesprochen

Brief eines deutschen Arbeiters aus der Zone
an Nikita Chruschtschow

Ein uns befreundeter Journalist, der in Ostberlin zeitweise am Parteitag der SED teilgenommen hat, überbrachte uns heute den Brief eines deutschen Arbeiters aus der Zone an Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow mit der dringenden Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen dem Wunsch gern nach.

Die Redaktion

* *
*

"Lieber Nikita Chruschtschow!

Du hast auf dem SED-Parteitag eine schöne Rede gehalten. Da war Schwung drin und die Delegierten haben dumme aus der Wäsche geguckt, als Du ihnen sagtest, die Arbeiter in der "DDR" müssten noch mehr und noch mehr arbeiten, damit es ihnen auch so gut geht wie auf der anderen Seite von Stacheldraht und Mauer. Dass Du den Ulbricht vor aller Welt blamiert hast, das haben die gar nicht gemerkt. Der erzählt uns nämlich schon seit 15 Jahren, dass es uns viel besser geht, als im kapitalistischen, imperialistischen und korrupten Westen. Wenn wir jetzt in der nächsten Betriebsversammlung nicht klatschen beim Referat eines Funktionärs und er uns fragt, ob wir nicht glauben, dass es uns besser geht als im Kapitalismus, dann werden wir ihm sagen, der Nikita hat auch gesagt, wir müssen noch viel mehr schuften, damit es uns so gut geht wie denen da drüben. Das ist doch der Beweis dafür, dass es uns eben noch n i c h t gut geht. Also danke schön für Deine Hilfe!

Damit Du aber wenigstens weisst, w a r u m bei uns immer alles "verplant" wird und w a r u m wir dem Spitzbart nichts mehr glauben, will ich Dir noch etwas sagen.

Vielleicht kannst Du einem Kumpel in Sibirien oder auf dem Balkan den Mund wässrig machen, wenn Du ihm erzählst, die neue Fabrik oder die neue Strasse, das ist "Sozialismus". Und wenn ihr noch mehr schuftet, dann werdet ihr noch mehr "Fortschritt" haben. Der glaubt das. Warum? Weil sein Grossvater eben noch Leibeigener war, weil die neue Fabrik eben die e r s t e Fabrik ist, die er kennengelernt hat. Der Grossvater oder Vater von dem Kumpel hinter dem Ural oder auf dem Balkan waren noch Analphabeten. Der Junge kann schon lesen und schreiben und sein Sohn wird vielleicht Ingenieur oder Professor sein. Wenn er nicht so weit kommt, dann wird er wenigstens ein angesehener Arbeiter sein. Also das ist dann für ihn Fortschritt und das stimmt sogar, wenn man ihm sagt, er muss noch mehr arbeiten, wenn es ihm noch besser gehen soll.

Aber guck Dir doch mal die Arbeiter von Zeiss, von den Zeuna-Werken oder von sonst einem grossen Industriebetrieb in Mitteldeutschland an. Die waren doch schon v o r Hitler etwas, die hatten schon eine

18. Januar 1962

anständige Wohnung und viele von ihnen schickten schon damals ihre Kinder auf eine höhere Schule. Dann kam der Spitzbart mit seinem Stalinismus. Gut, im Kriege ist vieles draufgegangen, und was noch ganz war, habt Ihr abmontiert. Aber das Bewusstsein, dass die Arbeiter in Deutschland schon lange vor Adolf und Spitzbart etwas darstellten, das habt Ihr doch nicht abmontiert. Das ist doch noch da.

Sieh' mal, Nikita, und deswegen redest Du mit Deinen Ermahnungen, wir sollen mehr schuften, damit es uns besser geht, an uns vorbei. Wir schuften schon immer und erst recht nach dem Kriege. Wir haben alle unsere seit Generationen in der freien deutschen Arbeiterbewegung gesammelten Erfahrungen in den Wiederaufbau gesteckt. Und trotzdem funktioniert nichts bei uns, trotzdem müssen wir uns schlecht kleiden und haben oft nicht einmal genug zu essen. Wenn wir darüber offen reden wollen, fährt uns irgendein kleiner Wichtigtuer übers Maul und droht gleich mit der Polizei.

Wir haben eben viel zu viele Wichtigtuer, die sich einbilden, sie können uns was beibringen, wenn sie uns etwas von "Ideologie" erzählen. Wir brauchen keine "Ideologie". Wir wollen, dass unsere anständige Arbeit anständig bezahlt wird, dass wir uns für das Geld etwas kaufen können und dass man auf unsere Erfahrung hört, wenn wir merken, dass wieder einmal etwas "verplant" wird.

Und dann wollen wir Freiheit haben. So dumm sind wir aber nicht, dass wir unter Freiheit verstehen, wir können alles tun und lassen, was uns gerade einfällt. Aber respektiert werden wollen wir, auch wenn wir nicht Mitglied der SED sind oder unsere Söhne nicht zur Volkspolizei jagen, damit sie auf andere Arbeiter schießen, nur weil die den Mist hier satt haben und weglaufen.

Nikita, das gehört alles zusammen und muss alles weg, wenn es uns besser gehen soll, wie Du gesagt hast.

Aber Du fährst wieder weg aus Berlin. Und dann werden sie Dir berichten, dass hier alles in Butter ist und Du wirst nicht wissen, was wir wirklich denken. Schade. Bei Dir in Moskau hast Du die Stalinisten ausgekippt. Bei uns laufen sie immer noch rum und tun so, als wissen sie gar nicht, was "Stalinismus" ist, die verlogene Bande.

Von der "hohen Politik", das mit den Chinesen und den Albanern, will ich gar nichts schreiben. Wahrscheinlich hast Du recht, wenn Du sagst, das sind Sektierer und Scharfmacher. Aber ich begreife nicht, warum Du das nicht auch dem Spitzbart sagst. Also, da stimmt etwas nicht und deshalb nützt auch Deine schöne Rede auf dem SED-Parteitag gar nichts. Aber sagen wollte ich Dir das wenigstens, und wenn der Brief veröffentlicht wird, dann hoffe ich, dass ihn Dir jemand zu lesen gibt.

Schönen Gruss,

E.W. - Metallarbeiter "

+ + +

- 4 -

Hinkefuß Rheinland-Pfalz

Ein Beitrag zum Stand des Bildungswesens

Von Karl Kuhn, MdL, Bad Kreuznach

Seit Jahren bestreitet man, dass Rheinland-Pfalz in der Fortentwicklung des Bildungswesens nachhinkt. Jetzt haben die Schulökonominnen Dr. Aadding und von Carnap Vergleichszahlen für die Bundesrepublik zusammengestellt. Aus diesen geht hervor, dass Rheinland-Pfalz nachhinkt. Zum Vergleich werden die Zahlen der Abiturienten und der Schüler mit Mittelschulabschluss in Relation gesetzt. Der Durchschnitt der Abiturienten der Bundesrepublik betrug für 1960 des Jahrganges aller 19-Jährigen 5,61 Prozent. In Rheinland-Pfalz waren es 4,95 Prozent, in Hessen 7,58 Prozent, Berlin 8,14 Prozent. Rheinland-Pfalz wurde nur unterschritten von Saarland (3,88 Prozent).

Das Zahlenbild der Schüler mit dem Abschluss der Mittelschule oder der mit der Versetzung nach Obersekunda abgehenden Schüler weist 1959 einen erheblichen Abstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt aus. Der Bundesdurchschnitt betrug 12,7 Prozent, Rheinland-Pfalz brachte es auf ganze 5,4 Prozent, es würde nur vom Saarland (4,2 Prozent) unterboten. Dagegen glänzte Schleswig-Holstein, das auch stark landwirtschaftlich bestimmt ist, mit 24 Prozent und das benachbarte Hessen mit 19,3 Prozent. Die Verfasser dieser Feststellung bemerken hierzu:

"Es fällt auf, dass die Quoten in Hessen doppelt so hoch sind, wie im benachbarten Rheinland-Pfalz. In der Begabung dürfte dieser Unterschied nicht begründet sein. Untersuchungen, die solche Verhältnisse erklären, fehlen leider."

Man hat zu weiteren Feststellungen über die Beschulungsgrößen Querschnitte in den Mittelschulen und höheren Schulen angelegt. Nachfolgend werden die 13-Jährigen der beiden Schularten im Jahre 1959 erfasst:

	Rhld- Pfalz	Hessen	Bremen	Schleswig- Holstein	Bundes- durchschnitt
A) Mittelschulen u. Aufbauzüge	3,6 %	12,2 %	17,1 %	21,6 %	10,6 %
B) Höhere Schulen	15,2 %	15,0 %	15,6 %	11,9 %	14,6 %
C) Mittel- und höh. Schulen	18,8 %	21,1 %	32,1 %	33,5 %	25,2 %

Daraus ist ersichtlich, dass die Beschulung der Mittelschüler in Rheinland-Pfalz an letzter Stelle im Bundesgebiet steht.

Das Zahlenbild der 16-jährigen Schüler ist erfreulicherweise besser.

	Rhld.- Pfalz	Hessen	Bremen	Schleswig- holstein	Bundes- durchschn.
A) Mittelschulen	3,6 %	9,4 %	14,7 %	17,8 %	7,0 %
B) Höhere Schulen	14,0 %	15,4 %	15,6 %	11,9 %	13,2 %
C) Mittel- und höh. Schulen	17,2 %	24,8 %	29,3 %	30,7 %	20,2 %

Rheinland-Pfalz nimmt den drittletzten Rang im Bundesgebiet ein. Von den 13-Jährigen des Jahres 1961 gehen nur 3,77 Prozent in die Mittelschule, aber 16,27 Prozent in die höhere Schule. Die 16-Jährigen des Jahrganges 1961 verteilen sich auf beide weiterführenden Schularten mit 2,57 Prozent und 10,47 Prozent. Mithin bleiben sie weit unter dem Volumen des Bundesdurchschnittes von 1959.

Das ist umso bemerkenswerter, als in fast allen Ländern der Bundesrepublik ein starker Zug zu diesen Schulen festzustellen ist und der Entwicklung des Wirtschaftslebens entspricht.

Bisher haben wir nur das Erfassungsvolumen der weiterführenden Schulen betrachtet. Im internationalen Vergleich geht man darüber hinaus und bezieht die Berufsfachschulen mit ein. Damit werden alle Vollzeitschüler eines bestimmten Jahrgangs erfasst.

Man wird so informiert, "welcher Anteil einer bestimmten Altersgruppe insgesamt noch systematisch lernt und sich bilden kann".

In Hamburg sind 1960 noch 4,4 Prozent, in Bremen 3 Prozent und in Schleswig-Holstein 4 Prozent der 16-Jährigen in der Volksschule. In letzteren Länder besuchen 17,2 Prozent die Mittelschule, 12,8 Prozent die höhere Schule und 3,7 Prozent die Berufsfachschule, insgesamt sind 37,7 Prozent der 16-Jährigen in Schleswig-Holstein Vollzeitschüler. - Rheinland-Pfalz steht daneben mit 20,5 Prozent und nimmt die zweitletzte Stelle im Bundesgebiet ein.

In Schleswig-Holstein besucht jeder dritte Sechzehnjährige eine Vollzeitschule, in Rheinland-Pfalz jeder Fünfte.

Der relative Schulbesuch zeigt auf, dass das Volumen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bundesdurchschnitt (25,1 Prozent) als mässig und gegenüber dem agrarischen Schleswig-Holstein als zurückgeblieben bezeichnet werden muss.

In der internationalen Welt ist das Schulbesuchsvolumen der 16-Jährigen ein Gradmesser für die Bildungsintensität. An diesen Zahlen wird die Entwicklungshöhe des Schulwesens und seines Fortschreitens mit dem Wirtschaftswachstum gemessen. Wenn auch die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz beachtliche Fortschritte gezeitigt hat, so ist das Nachhinken im Schulwesen eine ebenso bemerkenswerte Tatsache.

Kann Rheinland-Pfalz ohne Gefahr für die Gesamtentwicklung des Bundesgebietes noch weiterhin nachhinken?

+ + +

Autos aus allen Ländern

H.M. - Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht aus irgendeinem Teil der Welt über nationale Automobilpläne berichtet wird. In wachsendem Ausmaß scheint in vielen Staaten, die ohne eigene Kraftfahrzeug-Industrie sind, die Vorstellung einer einheimischen Auto-Konstruktion und ihrer lukrativen Serienfertigung an Anziehungskraft zu gewinnen. Selbst Länder, denen in der Vergangenheit auf wesentlich einfacheren technischen Fertigungsgebieten nicht die geringsten Erfolge beschieden waren, streben plötzlich nach einer "Kraftfahrzeug-Autarkie" die sie von Einfuhren aus dem Ausland unabhängig machen soll.

Nur in wenigen Fällen sind es rein wirtschaftliche, etwa auf die schlechte Verfassung der Zahlungsbilanz Bezug nehmende Erwägungen, die zu solchen Entschlüssen führen. Weitens häufiger steht die Erwartung eines erhöhten Prestiges hinter der nationalen Absicht, sich in die Front der automobilbauenden oder gar -exportierenden Industriestaaten einzureihen. Denn wollte man auf den Prestigegegewinn verzichten, so würde die inländische Montage bewährter Auslandstypen oder ihr Lizenzbau zweifellos die wirtschaftlich sinnvollste Möglichkeit bieten, das im Inland bestehende Motorisierungsbedürfnis ohne übermäßige Strapazierung der Devisensituation zu befriedigen.

Darauf aber kommt es im Grunde gar nicht an. Indien, China, Südafrika, Brasilien, Mexico, Israel, Türkei, Ägypten und neuerdings auch Nordafrika bauen schon jetzt Fahrzeuge ausschließlich "eigener Provenienz", oder sie vermeldeten die beabsichtigte Produktionsaufnahme. Diese Länder, deren Zahl immer größer wird, lassen sich hierbei nicht durch das Urteil der Fachwelt stören, daß die von ihnen gefertigten "National-Cars" weit davon entfernt sind, sich mit dem Leistungsstandard der von traditionsreichen Autoexport-Ländern produzierten Modelle messen zu können. Deren Erzeugung reicht zudem völlig aus, die derzeitige Nachfrage auf dem Weltmarkt zu decken, obgleich in nicht allen Lieferstaaten für Kraftfahrzeuge die Produktionskapazitäten bis zur Höchstgrenze ausgelastet sind.

Und ein weiteres kommt hinzu: die neo-nationale Produktion kann in ihren Anlaufstadien - wobei zweifelhaft bleibt, ob sie jemals darüber hinauskommen wird - nur hinter hohen Zoll- und Kontingentschutzmauern existieren. Sie wird also im wesentlichen vom Ausschluß der internationalen Konkurrenz profitieren und eine entsprechende Preispolitik betreiben. Im Endresultat steht das Streben möglichst vieler Länder nach einer Kraftfahrzeug-Autarkie eindeutig im Widerspruch zu den mannigfachen Vorteilen einer arbeitsteilig gegliederten Weltwirtschaft. Man sollte daher annehmen, daß die daraus resultierenden Verluste ein viel zu hoher Preis sind, den die betreffenden Länder für die Befriedigung ihrer nationalen PS-Leidenschaft zu zahlen haben. Doch ist es schon immer schwer gewesen, gegen Intentionen der Eitelkeit mit vernünftigen Argumenten zu Felde zu ziehen.